

Tage³. Sie macht die Erfahrung, daß „atheistische Umwelten die uns von Gott zugewiesenen Stätten sind, günstige Umstände, unter denen der Glaube kräftig in uns wachsen und den andern verkündigt werden kann“. Sie hält zahlreiche Vorträge und nimmt unermüdlich an Kongressen und Treffen mit dieser Thematik teil. Sie stirbt am 13. Oktober 1964 während der Arbeit am Schreibtisch.

Obwohl der Titel vom „Ball des Gehorsams“ spricht, scheint im Inneren unseres Gedichtes mehr vom Tanzen als vom Gehorsam die Rede zu sein. Das ganze Leben wird als lustvoller Ball der Liebe gedeutet. Aber „man muß folgen“, will man ihn „liebenswert“ finden. All dies gelingt nur durch Gehorsam und Gebet. M. Delbrêl ist eine betende Schriftstellerin. Ihre Verse sind Bitten: „Herr, komm und lade uns ein“; „Herr, lehre uns den genauen Platz“; „Offenbare uns“; „Gib, daß wir ... nicht ..., sondern ...“

Die Zumutungen Gottes für uns Menschen sind oft anders, als wir sie uns wünschen. Ich glaube, daß das faszinierende Bild vom „Ball des Gehorsams“ nur dann verständlich wird, wenn unsere Gehorsamsbereitschaft radikal ist. In der Tat gestaltet M. Delbrêl „ihr Wirken aus tiefstem Gehorsam gegenüber Gott und Christus-Kirche“ (H. Urs von Balthasar). Machte sie also die Erfahrung des wunderschönen Tanzes „in den Armen deiner Gnade, während Musik uns allseits umfaßt“, weil sie gehorsam war? Oder vermochte sie gerade deshalb zu gehorchen, weil sie schon „ein Bedürfnis nach Tanz besaß“ und in allem den „Ball des Gehorsams“ erkannte, dem sie sich gerne hingab? – Das Geheimnis der Liebe bleibt unauflösbar: „An uns ist's, uns von dir erfinden zu lassen, um fröhliche Leute zu sein, die ihr Leben mir dir tanzen.“ *Franz-Josef Steinmetz, Rom*

³ Vgl. auch: K. H. Neufeld, *Atheismus und Spiritualität. Zum Zeugnis von Madeleine Delbrêl*. In: *GuL* 44 (1971), 296–305.

AUS DEM LEBEN DER KIRCHE

Europas Kirchen und die Menschheitsaufgaben

Zur Ökumenischen Versammlung in Basel (15.–21. Mai 1989)*

Die Entscheidung zur Einleitung eines „konziliaren Prozesses gegenseitiger Verpflichtung (Bund) für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der ganzen Schöpfung“ fiel während der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver (1983). Die Frage, worauf dieser „konziliare Prozeß“ – der Begriff bereitet der katholischen Theologie bis heute Schwierigkeiten – ab-

zielt, ist niemals einheitlich beantwortet worden. In Deutschland haben sich vor allem zwei Deutungen herausgebildet. Die einen hoffen auf zugespitzte und provokante, vom christlichen Glauben bestimmte Formeln zur politischen Neuorientierung in Zeiten neuer, globaler Herausforderungen. Sie erwarten von den Kirchen die Freiheit und Klarheit der Urteilsbildung, die nötig sind, um die Politik aus gegenwärtigen Lähmungen und Blindheiten zu befreien. Gewünscht wird, daß der konziliare Prozeß die Kirchen zu „mutigen“, anstößigen Aussagen führt, die frischen Wind in die Politik bringen.

Andere setzen ihre Hoffnung eher darauf, daß der konziliare Prozeß in den Kirchen zu einer trag- und belastungsfähigen Bereitschaft führt, die globalen Probleme im Bereich von Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung als Felder der Bewährung in der Nachfolge Jesu zu akzeptieren. Nach ihrer Meinung ist die Anbahnung eines vom Glauben inspirierten Engagements der Gemeinden und Christen das vorrangige Ziel des Prozesses.

Zwar vermischen sich diese beiden Interpretationen bisweilen. Doch bleiben unterschiedliche Akzentsetzungen durchaus erhalten. Ein Beispiel: Im vergangenen Jahr haben die christlichen Kirchen der Bundesrepublik ihr Forum „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ veranstaltet, an dem 120 Delegierte teilnahmen. Das Forum war eine Etappe des konziliaren Prozesses. Fragt man nach seinen Ergebnissen, so werden die einen hervorheben, es sei eine im großen und ganzen ermutigende ökumenische Begegnung gewesen, die in der „Stuttgarter Erklärung“ gemeinsame theologische und politische Überzeugungen festgestellt habe und hoffentlich zur Vertiefung von Verantwortungsbewußtsein und -bereitschaft in den Kirchen beitragen werde. Andere werden sich auf die „Stuttgarter Erklärung“ konzentrieren und deren politische Aussagen als zu wenig radikal und eindeutig kritisieren. Sie haben weniger die Wirkung des Forums innerhalb der Kirchen als vielmehr seine Auswirkung in den politischen Raum hinein vor Augen.

Jetzt hat in Basel als gesamteuropäische Etappe des konziliaren Prozesses die Ökumenische Versammlung „Frieden in Gerechtigkeit“ stattgefunden. Schon heute ist klar, daß dieses Treffen in erster Linie ein herausragendes Ereignis der Ökumene war. Es hat dazu beigetragen, die Kirchen selbst zum vorrangigen Adressaten des konziliaren Prozesses zu machen. Die 700 Delegierten – Christen aus allen Teilen Europas – haben auf der Grundlage des gemeinsamen Glaubens- und Schuldbekenntnisses über die wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft und Politik in ihren Ländern gesprochen und dadurch eine stärkere Verantwortung für Gerechtigkeit, Frieden und Gesamtschöpfung übernommen. Die Pfingstwoche von Basel könnte Glaubwürdigkeit und Realitätsnähe des christlichen Engagements in Europa vermehrt und den konziliaren Prozeß zum Instrument einer Klärung dieses Engagements gemacht haben.

* In diesem Kontext sei auf das empfehlenswerte Buch von J. Haas, *Visionen einer Versammlung. Ein Lesebuch zum Konziliaren Prozeß*, Eichstätt 1989, 112 Seiten, 12,- DM, hingewiesen.

Basel: Christen aus ganz Europa beten, feiern und reden miteinander

Im Schnittpunkt dreier Länder gelegen, hat Basel eine natürliche Eignung als Ort der Begegnung. Die Straßen, Plätze und Kirchen der Stadt haben es leichter gemacht, daß die Versammlung nicht bloß Konferenz der Delegierten wurde, sondern durch Gottesdienste, Gespräche und Feste eine Freiheit des Glaubens spüren ließ, die nationale, kulturelle und konfessionelle Grenzen sprengt.

Ein farbenfrohes Begleitprogramm und die gelöste Atmosphäre unter den Teilnehmern sind für die Sacharbeit der Delegierten – ihre Plenarversammlungen, die Vorträge und Arbeitsgruppen – und somit den „Bundesschluß“ der Kirchen eine große Hilfe gewesen. In *kirchlicher Hinsicht* hat die Versammlung eine doppelte Bedeutung.

Basel ist *ein Beitrag zur Klärung christlicher Weltverantwortung in europäischer Perspektive*. Ausgangs- und Zielpunkt der Tage war das gemeinsame Credo, das täglich in der Morgenandacht gebetet wurde. Die Christen aber, die dieses Credo sprachen, leben in sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen. Diese müssen ernst genommen werden, weil sie der konkrete Ort christlicher Bewährung sind. Wie sehen die Lebensverhältnisse der Kirchen Europas aus? Welchen Veränderungsprozessen unterliegen sie? Was bedeutet es für die Kirche Europas, in der Nachfolge Jesu und in Beantwortung der globalen Probleme von heute zu Kirchen der Gerechtigkeit, des Friedens und der Schöpfungsbewahrung zu werden?

Solche Fragen nach der eigenen Ortsbestimmung und nach konkreten Zielen und Hoffnungen waren für die Delegierten als Vertreter und Vertreterinnen der europäischen Christenheit ein zentrales Thema. Über sie nachzudenken, hieß, den Dienst der europäischen Christen in der Welt von heute zu klären. Dabei kam es nicht auf originelle politische Ideen an. Die Kirchen werden ohnehin nichts anderes tun können als daß sie versuchen, an dem Prozeß des Umbaus in den sozialistischen Staaten, der stärkeren Integration im Westen und der gesamt-europäischen Zusammenarbeit (KSZE) unterstützend oder kritisch modifizierend teilzunehmen. Basel stand nicht vor der Aufgabe, für Europa einen politischen Gesamtplan zu entwerfen. Vielmehr bot es die Chance, *daß die Delegierten im Auftrag ihrer Kirchen einen neuen, vor allem europabezogenen Denk- und Wollenszusammenhang herstellten* oder zumindest anbahnten.

Wiederholt wurde bedauert, zwischen einzelnen Kirchen sei das Gespräch bisher kaum oder gar nicht in Gang gekommen. Besonders zwischen den Kirchen in den sozialistischen Ländern scheint in dieser Hinsicht noch manche Lücke zu bestehen. Doch auch der gemeinsame Abend der katholischen Delegation aus der Bundesrepublik und der DDR wurde als neue, wohltuende und zukunftsweisende Erfahrung partnerschaftlicher Auseinandersetzung mit den gemeinsam gestellten Aufgaben empfunden.

Außerdem haben viele Gespräche dazu geholfen, den Sprachverwirrungen zwischen West und Ost ein wenig entgegenzuwirken. Christen aus der sozialistischen Welt machten zum Beispiel darauf aufmerksam, daß der Begriff „Frieden“ wegen der politischen Rhetorik in ihren Ländern einseitig besetzt und des-

halb für sie belastet ist. Für einen neuen Denkbereich der Kirchen dürfte es unverzichtbar sein, über solche Vorgeprägtheiten der Sprache und des Denkens miteinander zu reden. Basel ist in dieser Hinsicht eine gute Erfahrung gewesen.

Zweitens war *die personelle Zusammensetzung ein besonderer Reichtum der Baseler Versammlung*. Natürlich hatten die Kirchen zahlreiche Bischöfe und ordinierte Frauen und Männer nach Basel entsandt. In der Mehrzahl waren die Delegierten jedoch Laien, deren reiche Glaubens- und Lebenserfahrung und deren berufliche, intellektuelle und politische Kompetenz der Arbeit der Versammlung eine große Nähe zur gesellschaftlichen Wirklichkeit in Europa verliehen. Mit großer Umsicht waren die Arbeitsgruppen so zusammengesetzt, daß in ihnen mehrere Kirchen und Länder, verschiedene Altersgruppen sowie in ausgewogenem Verhältnis Männer und Frauen zusammenkamen. In Basel war wirklich das gesamte Volk Gottes vertreten, in seiner ganzen Vielfalt und Buntheit. Anders wäre auch die Klärung heutiger Weltverantwortung der Kirchen kaum möglich gewesen!

Allerdings ist die Annahme unzutreffend, die Delegierten seien vorwiegend aus Basisgruppen der Entwicklungs-, Friedens-, Umwelt- oder Menschenrechtsarbeit gekommen. Dies würde zum einen das Erscheinungsbild der orthodoxen Kirchen und wohl der Mehrzahl der Kirchen aus den sozialistischen Ländern nicht gestatten. Doch auch in den Kirchen des Westens scheinen Basisgruppen eine im einzelnen sehr unterschiedliche Rolle zu spielen.

So wurden die reichen Erfahrungen der Basisarbeit zwar auch durch Delegierte, vor allem aber durch das reichhaltige Begleitprogramm und eine besonders für die Präsentation kirchlicher Initiativen reservierte Messehalle („Zukunftswerkstatt Europa“) in die Versammlung eingebracht. Wenn die Ökumenische Versammlung tatsächlich zur kirchlichen Urteils- und Willensbildung im Bereich von Gerechtigkeit und Frieden und in den Umweltfragen beigetragen hat, so haben die Erfahrungen unzähliger Initiativen und Gruppen daran großen Anteil.

Basel: Die Kirchen erfahren Europa

Die Ökumenische Versammlung war in erster Linie für den Dienst der europäischen Kirchen in der Welt von Bedeutung. Doch verlangen es Dynamik und Inhalt der politischen Positionen, die in Basel zutage traten, das Treffen auch *aus politischer Perspektive* zu betrachten.

Auffällig war *das relativ starke Erscheinungsbild der Kirchen aus den sozialistischen Ländern*. Natürlich gibt es zwischen ihnen viele, teils sehr grundsätzliche Unterschiede. Doch war weithin übereinstimmend eine gewisse Aufbruchsatmosphäre zu spüren, die wohl sehr stark vom politischen Wandel in der Sowjetunion, in Ungarn und Polen bestimmt wird. So sind es in Basel oft die Christen aus den östlichen Ländern gewesen, die der Zukunft mit einiger Hoffnung oder gar erwartungsvoll entgegenschauen.

Ein *Sonderfall ist gewiß die DDR*. In Dresden war erst kurz vor der Pfingstwoche als eigenständige Etappe des konziliaren Prozesses die „Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ der DDR zu Ende gegangen. An ihr hatte sich mit Nachdruck auch die katholische Kirche beteiligt. Die in Dresden gefaßten Beschlüsse hatten in den westlichen Medien viel Beachtung gefunden und waren vom Staat teilweise massiv kritisiert worden. Doch haben die Erfahrungen von Dresden den Zusammenhalt und das Selbstbewußtsein der Kirchen in der DDR ganz gewiß gestärkt.

Dies gilt gerade auch gegenüber dem Staat. Der Beschluß „Mehr Gerechtigkeit in der DDR – unsere Aufgaben, unsere Erwartungen“ spricht einesteils klar aus, wo nach Meinung der Christen Fehlentwicklungen und Schwächen des Staates liegen, er läßt aber in Tonfall und Gedankenführung ebenso klar erkennen, daß er dem Staat gegenüber loyal ist und eine DDR wünscht, die von den Bürgern als „Heimat“ empfunden und anerkannt werden kann. Ohne daß ihnen konkrete Beteiligungs- und Mitverantwortungsmöglichkeiten offenständen – vergleichbar denen, die in der Bundesrepublik herrschen, – bezogen die Kirchen in Dresden eine Position kritischer Solidarität zur DDR. Dabei spielen nationale Gefühle wohl keine Rolle – sie sind in der DDR genauso problematisch wie in der Bundesrepublik. Eher gibt der Wunsch den Ausschlag, die DDR möge sich mehr und mehr an Maßstäben der Humanität und Gerechtigkeit messen lassen können und den internationalen Vergleich nicht scheuen müssen.

Der Impuls der Ökumenischen Versammlung von Dresden und die (wenn auch komplizierte) Bindung an das eigene Gemeinwesen erklären wohl zu großen Teilen die selbstbewußte Haltung, mit der die Christen aus der DDR an der Baseler Woche teilnahmen und ihre kritischen Fragen an den Westen, insbesondere die Bundesrepublik, richteten. Schon im Eröffnungsgottesdienst bat der Erfurter Probst Falcke, „daß wir die Europäische Gemeinschaft nicht als westeuropäisches Wirtschaftsunternehmen, sondern als gesamteuropäische Friedensaufgabe begreifen“. Und in den Arbeitsgruppen waren wiederholt Ängste zu spüren, die sozialistischen Länder könnten verarmen und zum „Mexiko der Vereinigten Staaten von Westeuropa“ werden. Die kritischen Töne aus der DDR fanden ihre (allerdings auch bei Christen aus der DDR umstrittene) Zuspitzung im Referat von Annemarie Schoenherr. Sie sprach zunächst über den Verrat der Kirchen an Gottes Schalom, insbesondere über dessen „Halbierung“ durch die Vernachlässigung der Armen. Hoffnungszeichen wollte Frau Schoenherr sodann vor allem in den Staaten des Warschauer Pakts ausmachen und schließlich riet sie dazu, die Deutschen sollten im europäischen Haus fürs erste keine „deutsch-deutsche Wohngemeinschaft“ eingehen.

Solche Äußerungen klangen nun ihrerseits merkwürdig halbiert, weil sie das zunächst einmal wichtigste Problem vernachlässigten: daß die Menschen die Freiheit erhalten, die Wohnverhältnisse im europäischen Haus nach eigener Entscheidung zu regeln. Vergessen wurde aber auch, daß man heute in den sozialistischen Staaten Verbesserungen vor allem von größeren Möglichkeiten zu freiem, marktorientiertem Wirtschaften erhofft.

Es geht gewiß nicht darum, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Westeuropa kritiklos zum Maßstab zu erheben. Das wäre ein schlimmer Verrat am Einsatz für die dringend nötige Zukunft größerer Gerechtigkeit und stabileren Friedens. Doch wäre es falsch, Politik und Wirtschaft des Westens – sofern sie wirklich zugunsten der Menschen wirken – einfach zu übergehen. Vor allem aber sollte man in Kirche und Staat erkennen: Die großen Herausforderungen von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung lassen kurzatmige Schuld- und Aufgabenzuweisungen nach hüben und drüben unangemessen sein. *Entscheidend ist der Geist gemeinsamer Betroffenheit*, aus dem gemeinsames Handeln erwachsen kann – eben jener Bund für das Leben, auf den der konziliare Prozeß abzielt.

Ein Beispiel dieses Geistes gemeinsamer Betroffenheit und eine Lektion in „Glasnost“ gab Erzbischof Kyrill von Smolensk, als er die bisherige Wissenschaftsgläubigkeit in Ost und West gleichermaßen als völlig naiv zurückwies und dies mit eindrucksvollen Beispielen für Umweltzerstörung auch aus seinem eigenen Land, der Sowjetunion, begründete. Seine These war, daß in *ganz* Europa die moralische und geistige Entwicklung hinter dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt zurückbleibt und daß die Kirchen aus der Kraft ihrer gläubigen Weltsicht dazu beitragen sollten, dieser Fehlentwicklung entgegenzutreten. Dahinter stand die Hoffnung, daß im gemeinsamen Haus Europa eines Tages gleiche, heute erst in Andeutungen erkennbare „moralische Wahrheiten“ in Geltung stehen. Diese Vision – von einem Vertreter des Moskauer Patriarchats vorgetragen – macht nochmals deutlich, daß in Basel oft gerade unter Christen aus den sozialistischen Ländern ein frischer Wind des Aufbruchs zu spüren war.

Eine Aufbruchsdynamik haben die Delegierten des Westens nicht selten vermissen lassen. In ihren Ländern trägt der konziliare Prozeß ein sehr unterschiedliches Aussehen. Es gibt sehr engagierte Länder, wie etwa die Niederlande, die Schweiz oder auch die Bundesrepublik. Es gibt aber auch wichtige Teile Westeuropas, in denen der Prozeß bisher wenig in Gang gekommen ist, z. B. Frankreich, Großbritannien und Italien. Dennoch waren auch alle Vertreter aus den westlichen Ländern vorbehaltlos der Auffassung, daß mehr Gerechtigkeit und Frieden und eine bessere Bewahrung der Schöpfung für die Zukunft Europas und der ganzen Welt von überragender Wichtigkeit ist.

Hier ist folgende Beobachtung wichtig. Man wird annehmen müssen, *daß die Fehler* und falschen Entwicklungen, die für die heutige Weltlage kennzeichnend sind, *sehr häufig gerade die westlichen Länder Europas in die Pflicht nehmen.* Wenn in Basel beispielsweise von der Sorge für die Armen geredet und dies am Beispiel der Schuldproblematik veranschaulicht wurde, dann sind als Gastgeberländer natürlich fast nur die wirtschaftlich starken, westlichen Staaten angesprochen. Vielleicht ist auch die Energieverschwendung zunächst einmal ein „westliches“ Thema. Zwar ist vieles – etwa im Bereich der Umweltzerstörung, aber auch des Umgangs mit neuen Technologien – eine grenz- und blockübergreifende Herausforderung, doch lastet auf Westeuropa wegen dessen größeren Handlungsmöglichkeiten oft auch eine besondere Verantwortung.

Dies und eine weitere Tatsache muß die westeuropäischen Kirchen beschäftigen: *Im Westen haben* gesellschaftliche Gruppen und Zusammenschlüsse – also auch *die Kirchen* – anders als im Osten (der eine „civil society“ bisher kaum kennt) teils sehr *große Einfluß- und Mitwirkungsmöglichkeiten* und damit eine entsprechende Mitverantwortung. In gewisser Weise sind Christen im Westen schon immer „kompromittiert“, sie tragen eine mehr oder minder große Verantwortung für Stärken, aber eben auch Schwächen ihrer Länder. *Das mag* angesichts großer Zukunftsaufgaben und krisenhafter Zuspitzungen *auf die Kirchen bisweilen lähmend wirken*.

Hinzu kommt, daß die *westeuropäische Integration* – der gemeinsame Wirtschafts-, Technologie- und Sozialraum – *auf die Kirchen bisher keine Anziehungskraft ausübt*. Das mag Ausdruck geringer politischer Wachheit oder bewußter Distanzierung sein. Im Ergebnis war in Basel jedenfalls eine gewisse Orientierungs- und Visionslosigkeit der westlichen Delegierten bemerkbar, die zweifelsohne in politischer *und* kirchlicher Hinsicht Beachtung verdient. Gerade für die Christen aus der Bundesrepublik scheint im Blick auf das gemeinsame Haus Europa eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Überzeugungen, politischen Regelungen und Bindungen im Westen – einschließlich der transatlantischen Verbindung zu den Vereinigten Staaten! – sehr ratsam zu sein.

Natürlich ist diese Beschreibung der verschiedenen Grundströmungen politischer Lagebeurteilung, die in Basel spürbar waren, von einer gewissen Vergröberung geprägt. Deshalb ist es gut, zuletzt noch auf folgende Übereinstimmung hinzuweisen: Die Ökumenische Versammlung hat *große Erwartungen an die Fortsetzung und Vertiefung des KSZE-Prozesses* geknüpft. Alle wünschen, daß er auf wirtschaftlichem und humanitärem Gebiet, auch im Bereich von Sicherheits- und Abrüstungspolitik zu weiteren Verbesserungen führt und daß seine ökologische Dimension aufgewertet wird. Die Aussicht auf eine im KSZE-Prozeß stärker werdende Bedeutung der Menschenrechte, insbesondere der Freiheits- und Partizipationsrechte, ist für die Aufbruchsdynamik in den Kirchen der sozialistischen Staaten sehr wichtig. Deren Hoffnungen richten sich auf den Aufbau freier Zusammenschlüsse und Organisationen, die Verbesserung der politischen Kommunikation und Partizipation und die Mehrung der Bürgerrechte – bis hin zum Recht auf Verweigerung des Wehrdienstes aus Gewissensgründen.

Das Dokument der Ökumenischen Versammlung

Nach einigen Minuten stillen Betens gab die Ökumenische Versammlung am vorletzten Tag des Treffens mit einer Mehrheit von 95 Prozent der Anwesenden dem Dokument ihre Zustimmung. Sehr bald mischte sich in den frohen Applaus der Delegierten ein getragenes, bittendes Lied: „Dona nobis pacem“. Wie kaum etwas anderes brachte dieser Gesang die geistliche Atmosphäre des Baseler Treffens zum Ausdruck. Menschliches Mühen ist für die Zukunft der Schöpfung unersetzlich. Entscheidend ist aber, daß ein anderer *seine* Mühe und Sorge einsetzt: der Gott des Schalom, der allein Leben begründen und gegen alle Gefährdung bewahren kann und bewahren wird.

Genau diese Überzeugung ist die theologische Grundidee des Dokuments. Es spiegelt den Diskussionsstand wider, den die europäischen Kirchen 1989 in den Bereichen von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung erreicht haben. Seine Erarbeitung begann – lange vor der Ökumenischen Versammlung – mit der Veröffentlichung eines ersten Entwurfs, dem eine zweite überarbeitete Fassung folgte. Zu dieser gingen vor Beginn der Versammlung nochmals 500 Änderungsvorschläge ein, die von den Arbeitsgruppen der Versammlung um 100 weitere ergänzt wurden. Dieses Material half bei der nochmaligen Überarbeitung des Textes, der dann mit acht Änderungen bei der Schlußabstimmung die erwähnte Mehrheit fand.

So ist das Dokument *kein eilig geschriebenes Papier, sondern ein wohl erwogener Text*. Gleichwohl ist es *nicht das eigentliche oder entscheidende Ergebnis* der Ökumenischen Versammlung. Weil es auf den Prozeß als ganzen ankommt, also den „Bund“, den die Kirchen um ihres Einsatzes für die Zukunft willen miteinander schließen, wäre es falsch, sich auf das Dokument zu fixieren und zu fragen, ob es „griffig“ genug ausgefallen ist und für Aufsehen oder gar Aufregung in der Politik sorgen kann. Dies ist nicht der Fall – und das ist auch nicht schlimm.

Doch wiegt es viel, daß erstmals quer durch Europa die Kirchen eine solche Form gemeinsamen Glaubenszeugnisses gefunden haben. Sie können darauf stolz sein, im Dokument eine Theologie des Schalom entwickelt zu haben, die aus verschiedenen Quellen – orthodoxen, protestantischen und katholischen Traditionen – schöpft. Es entstand ein Text, der nach einer Einleitung (1) die heutigen Herausforderungen benennt (2) und sich der eigenen Glaubenshoffnung versichert (3). Dem Bekenntnis der Schuld (4) folgt die Skizze möglicher Schritte der Metanoia (5–6); darin sind die entscheidenden Aussagen zur Politik enthalten. Einige seien genannt: Was die *Gerechtigkeit* anbelangt, so wird der Stärkung des internationalen Rechts große Bedeutung beigemessen. Gerade in diesem Zusammenhang ist der KSZE-Prozeß wichtig. Erneut wird eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung gefordert. Einige Male spricht das Dokument sodann von den Rechten nationaler Minderheiten (etwa der Balten in der UdSSR) und der Bedeutung kultureller Pluralität. Immer wieder wird mehr Gerechtigkeit für Frauen verlangt, auch im Binnenraum der Kirchen!

Typische *Friedensthemen* sind das Ziel, die Institution des Krieges allmählich zu überwinden und auf dem Weg dorthin zu weiterer Abrüstung und neuen Strukturen „gemeinsamer Friedenssicherung“ zu kommen. Auch das Eintreten für Gewaltfreiheit fällt im Dokument deutlich auf.

Unter den *Umweltproblemen* nehmen die Drosselung des Energieverbrauchs und die Sorge über Ozonloch und Treibhauseffekt einen besonderen Platz ein. Sicher bedarf manche Aussage noch der Präzisierung und der Übersetzung in konkrete politische Ziele. Auch wird nicht jeder allen Aussagen zustimmen. Doch sind die Grundlinien der Auseinandersetzung mit den Menschheitsaufgaben im Dokument deutlich genug erkennbar – und nichts anderes ist von ihm als Teil des konziliaren Prozesses der Kirchen in Europa verlangt.

Wie geht es weiter?

Natürlich soll die Ökumenische Versammlung von Basel über den Tag hinaus wirksam sein. Sie soll den konziliaren Prozeß in den Ländern Europas befördern, aber auch die Weltversammlung der Christen im Frühjahr 1990 in Seoul vorbereiten. Wieweit der Geist von Basel wirken wird, hängt vor allem von drei Faktoren ab.

Ein stärkerer Denk- und Wollenszusammenhang der Kirchen konnte während der Pfingstwoche letztlich nur angebahnt werden. Ob er tatsächlich zustande kommt, hängt davon ab, *ob die Versammlung in den nächsten Monaten* – vielleicht auch erst in den nächsten Jahren – *in den Kirchen tatsächlich auch „ankommt“*, ob sie die Gemeinden und Christen erreicht und bewegt. Das erst wäre die eigentliche Geburtsstunde eines „Bundes“.

Die gesamteuropäischen Bindungen und Verbindungen, die in Basel geknüpft oder verstärkt werden konnten, *müssen Bestand haben*. Dazu können zweitseitige oder regionale Treffen von Kirchendelegierten dienen. Z. B. wurde ein Treffen der nordischen Region um Skandinavien und das Baltikum vorgeschlagen. Das deutsch-deutsche Nachdenken der Christen muß vertieft werden. Dabei sollten nach der guten Erfahrung von Basel stets sowohl das kirchliche Amt, als auch die anderen Gläubigen mit ihrem ganzen Erfahrungsreichtum beteiligt sein.

Einige wichtige Fragen müßten in den Kirchen weiterhin erwogen und geklärt werden. Dazu gehört vor allem das Problem einer künftigen Ordnung Europas. Wird und soll es – wie in Basel bisweilen angeregt – künftig ein deutlicher konturiertes Mitteleuropa geben? Wer gehört dazu? Wie wird und soll der Prozeß der westeuropäischen Integration voranschreiten? Auf welche Bündnisbindungen und -perspektiven legen die Christen der Bundesrepublik Wert? Welche geistigen Grundlagen (auch: „moralischen Wahrheiten“ im Sinne des Metropoliten Kyrill) wird und soll Europa gemeinsam haben? Können die Kirchen hierzu Stichwortangebote geben? Wie können und wollen die Kirchen noch deutlicher zu „Kirchen des Friedens“ werden? Welche politischen Strukturen wünschen sie in den einzelnen Ländern? Können und wollen sie den politischen Meinungsstreit, freie politische Parteien und die politische Kompromißsuche als hohe Werte anerkennen und unterstützen?

Die Ökumenische Versammlung von Basel ist für Europas Kirchen eine Wegmarke gewesen. Sie war nicht der Anfang des Weges und wird nicht sein Ende sein. Sich auf Gottes Willen und Handeln einzulassen, muß zu mehr Gerechtigkeit und Frieden führen, in Europa und der Welt. Verlangt sind mehr Bescheidenheit und Eingliederung der Menschen in die Gesamtschöpfung, als sie heute üblich sind. Hoffentlich haben das Gebet und die Arbeit, aber auch die Muße der Tage in Basel dazu geholfen, die Verbindung von Glauben und Dienst in der Welt zu festigen.

Hans Langendörfer, Bonn